



Philipp Müller

Zeit der Unterhändler

Koordinierter Kapitalismus
in Deutschland und Frankreich
zwischen 1920 und 1950

Leseprobe

Hamburger  Edition

Philipp Müller

Zeit der Unterhändler

Koordinierter Kapitalismus
in Deutschland und Frankreich
zwischen 1920 und 1950

Leseprobe

Hamburger Edition

Die Geister des Kapitalismus. Einleitung

In den Jahrzehnten zwischen 1920 und 1950 schien das politisch-ökonomische Gerüst der europäischen Gesellschaften bestenfalls auf tönernen Füßen zu stehen. Weder Kapitalismus noch Demokratie galten als Pfeiler der Stabilität – vielmehr hielten viele Zeitgenossen sie für verursachende Faktoren der gesellschaftlichen Krisen der 1920er und 1930er Jahre und stellten ihre Zukunft deshalb prinzipiell infrage. Zwei mittlerweile prominente Beiträge der damaligen Auseinandersetzungen stammen von den österreichischen Wirtschaftswissenschaftlern Joseph Schumpeter und Karl Polanyi. Sowohl in Schumpeters *Capitalism, Socialism and Democracy* von 1942 als auch in Polanyis *The Great Transformation* von 1944 wird die Wandelbarkeit des Kapitalismus hervorgehoben und mit der Frage verknüpft, welche politischen Voraussetzungen und Folgen mit diesem Wandel verbunden sind. Für beide Autoren war die Wirtschaftsordnung der entscheidende Faktor der geschichtlichen Entwicklung ihrer Zeit. Beide glaubten, dass der Kapitalismus eine grundsätzliche Transformation durchlaufen würde und gerade dadurch im Anschluss an die gegenwärtigen Diktaturerfahrungen der Demokratie erneut den Boden bereiten könnte. Die begrifflichen Voraussetzungen und Annahmen, die sie in diese Überlegungen einfließen ließen, unterschieden sich indes in wichtiger Hinsicht.

Schumpeter erwartete die Auflösung des Kapitalismus zugunsten einer auf ihn folgenden sozialistischen Planwirtschaft, erklärte jedoch, dass ein Weiterbestehen der Demokratie im Sozialismus möglich war. »Natürlich sind die heutigen Formen und Organe des demokratischen Verfahrens in gewissem Sinn ebenso sehr das Erzeugnis der Struktur und der Probleme der bürgerlichen Welt, wie es das Grundprinzip der Demokratie selbst ist. Das ist aber kein Grund, warum sie zugleich mit

dem Kapitalismus verschwinden sollten.«¹ In dieser Perspektive schien es denkbar, dass die Demokratie im Sozialismus besser funktionierte als zuvor, weil das politische Leben durch das Verschwinden gegensätzlicher kapitalistischer Individualinteressen von strittigen Wirtschaftsfragen befreit würde. Damit, so Schumpeter, sei einerseits die politische Sphäre nicht mehr mit sozial-ökonomischen Grundfragen konfrontiert und könne sich auf einen eingeschränkten, durch demokratische Prinzipien beherrschbaren Entscheidungsbereich konzentrieren. Andererseits würden wirtschaftliche Probleme zu eindeutig nicht politischen, technischen Fragen, die durch leitende Planstellen geregelt werden könnten.²

Während Schumpeters Vision damit auf einer Trennung der wirtschaftlichen von der weiteren gesellschaftspolitischen Sphäre beruhte, ging Polanyi in die entgegengesetzte Richtung. Aus seiner Sicht hatte sich seit dem späten 19. Jahrhundert die Utopie eines von sozialen Einflüssen unabhängigen, sich selbst regulierenden Marktes Raum verschafft und mit dem Versuch seiner Durchsetzung die Demokratien in Deutschland und anderen europäischen Staaten zerstört. Die kapitalistischen Prinzipien freier Arbeitsmarkt, Geldsteuerung durch den Goldstandard und Kommodifizierung von Grund und Boden hatten demnach so starke Widersprüche und gesellschaftliche Spannungen hervorgerufen, dass vorerst nur der Faschismus eine Alternative zu bieten schien. »Den faschistischen Ausweg aus der Sackgasse, in die der liberale Kapitalismus geraten war, könnte man als eine Reform der Marktwirtschaft bezeichnen, erreicht um den Preis der Auslöschung aller demokratischen Institutionen sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen Bereich.«³ Für Polanyi stellte der Faschismus dabei nur den vorübergehenden Ausdruck eines allgemeinen Umbruchs hin zu einer nicht auf dem Markt beruhenden Industriegesellschaft dar. In dieser postfaschistischen Gesellschaft sollten die kapitalistischen Marktkräfte durch institutionelle Regulierung

1 Schumpeter, *Kapitalismus*, S. 477.

2 Vgl. insgesamt ebd., S. 471–480.

3 Polanyi, *Transformation*, S. 314.

eingehegt und damit zugleich persönliche Freiheitsrechte für alle sichergestellt werden.⁴ In Polanyis Sicht war es mithin nicht eine Arbeitsteilung von Politik und Wirtschaft, sondern die gesellschaftspolitische Einbettung des Kapitalismus, die eine moderne Demokratie ermöglichte.⁵

Die Verbindung zwischen Kapitalismus und Demokratie ist in der Forschungsliteratur ein bis heute viel behandeltes Themenfeld, in dem die Frage diskutiert wird, wie die Bandbreite kapitalistischer Wirtschaftsformen mit unterschiedlichen politischen Institutionen zusammenhängt. Ein wichtiger Hintergrund dieser Überlegungen ist, dass Wirtschaftsakteure ihre Investitionen auf dem Markt gegen mögliche Risiken versichern möchten und hierzu auf institutionelle Regelungen zurückgreifen. Politische Faktoren spielen in der Etablierung und Aufrechterhaltung solcher Regelungen eine wichtige Rolle.⁶ In diesem Sinne beruht die von Schumpeter vorgestellte politische und ökonomische Ordnung im Sozialismus auf einer mithilfe der staatlichen Administration regulierten Wirtschaftstätigkeit, in der bestimmte, durch unternehmerisches Gewinnstreben verursachte Störungen nicht mehr auftreten. Auf der anderen Seite begründet Polanyi die Wiedereinhegung des Marktes mit der »vom Markt bedrohten gesellschaftlichen Substanz«, die sich gegen ungeregelten Arbeitsmarkt und Freihandel zu schützen weiß.⁷ Schumpeter und Polanyi entwarfen damit Szenarien, die eine Regulierung oder Begrenzung des Marktgeschehens in einem neuen staatlichen Rahmen vorhersagten. Ihre Vorstellungen waren wichtige An-

4 Vgl. ebd., S. 331–339, sowie Polanyi, *Wirtschaft*, S. 219–244.

5 Vgl. zur Problematik der an Polanyi anschließenden Konzeption des Begriffs der Einbettung: Krippner, *Elusive Market*, S. 775–810; Beckert, *Transformation of Embeddedness*, S. 38–55.

6 Vgl. Iversen, *Capitalism and Democracy*, S. 601–623. Diese Idee einer Gestaltbarkeit der wirtschaftlichen Zusammenhänge durch die Politik ist bekanntlich Grundlage der Politischen Ökonomie seit dem 19. Jahrhundert und gemeinsamer Nenner ihrer vielfältigen analytischen und normativen Beschreibungen des Bedingungsverhältnisses zwischen wirtschaftlicher und politischer Ordnung. Vgl. Plumpe/Köster, *Ökonomie*, Sp. 389–406.

7 Polanyi, *Transformation*, S. 223.

stöße einer bis heute währenden theoretischen Debatte. Sie bilden den Stand der Überlegungen ihrer Zeit jedoch nur unvollständig ab.

Nicht nur damalige Ökonomen und Soziologen diskutierten über Verbindungen zwischen Wirtschaft und Politik und entwickelten diesbezüglich Zukunftsmodelle. Vielmehr waren diese Fragen auch im zeitgenössischen Unternehmerlager Gegenstand intensiver Auseinandersetzungen. Weder die Visionen Schumpeters noch die Konzepte Polanyis spielten dabei eine erkennbare Rolle. Auch die Theorien anderer, heute als wirtschaftspolitische Vordenker gehandelter Ökonomen wie John Maynard Keynes, Friedrich Hayek, Wilhelm Röpke oder Charles Rist tauchten in diesen Debatten allenfalls marginal oder gar nicht auf. Die mit den Beiträgen von Schumpeter und Polanyi eingeführte Frage, auf welcher Verbindung der wirtschaftlichen und der staatlichen Sphäre eine stabile Gesellschaftsordnung beruhen sollte, war dennoch ein zentraler Punkt der unternehmerischen Debatten. Wirtschaftsvertreter in Deutschland und Frankreich diskutierten in den 1920er, 1930er und 1940er Jahren sowohl innerhalb ihrer Organisationen als auch öffentlich, welche Rolle der Kapitalismus für die moderne Gesellschaft spielen konnte und wie das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Staat gestaltet werden musste, damit diese Rolle praktisch zu erfüllen war. Viele zeigten sich überzeugt, dass sich der Kapitalismus aufgrund von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturveränderungen in einer Phase der Transformation befand und dieser Anpassungsprozess auch ein neues Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik nötig machte.

Während die ordnungspolitischen Konzeptionen der damaligen Wirtschaftswissenschaften in der Forschung vielfach behandelt worden sind,⁸ ist die zeitgleich geführte programmatische Auseinandersetzung unter Repräsentanten der Privatwirtschaft bislang kaum berücksichtigt worden. Wenn sie in Untersuchungen zu den wirtschaftlich-politischen Vorstellungen der Zeit einbezogen werden, gelten sie in der Regel als unbewegliche Verfechter eines traditionellen unternehmeri-

8 Vgl. u. a. Köster, *Wissenschaft der Außenseiter*; Brick, *Transcending Capitalism*; Fourcade, *Economists and Societies*; Dard, *Economie*, S. 173–195.

schen Liberalismus oder werden unter der Maßgabe betrachtet, ob sie den Aufstieg des Nationalsozialismus und die Kollaboration im besetzten Frankreich ermöglicht oder unterstützt haben.⁹ In diesen Perspektiven wird zum Ersten die im damaligen Unternehmerlager verbreitete Auffassung ignoriert, dass die kapitalistische Wirtschaftsordnung unter den politischen und wirtschaftlichen Bedingungen in Europa nach dem Ersten Weltkrieg angepasst und verändert werden musste. Zum Zweiten führt die Konzentration auf die Phase von Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg dazu, dass die Kontinuitäten in dieser Auffassung über die politischen Systemwechsel hinweg unterschätzt und auf die Frage nach dem Verhältnis zwischen Unternehmertum und autoritärem Regime reduziert werden. Eine Kontinuität der Überlegungen zur notwendigen Transformation des Kapitalismus war indes schon allein dadurch möglich, dass die wirtschaftlichen Eliten durch die Regimewechsel nicht nachhaltig berührt wurden und die Debatten zur wirtschaftlichen und politischen Ordnung deshalb nach 1945 in Teilen noch von jenen Personen geführt werden konnten, die sie bereits in den 1920er Jahren mitbestimmt hatten. Hieraus ergibt sich, dass die Frage nach dem unter Unternehmervertretern diskutierten Verhältnis zwischen Kapitalismus und Staat insbesondere im Hinblick auf das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie nach 1945 stärkere Berücksichtigung verdient. Die praktischen Voraussetzungen und Folgen dieser Debatten beinhalten dabei drittens eine Dimension, die über einen nationalgeschichtlichen Rahmen hinausweist und vor allem auf den deutsch-französischen Beziehungen beruht. Der Zusammenhang von Wirtschaft und Politik berührte bereits aufgrund der Reparationszahlungen nach dem Ersten Weltkrieg unmittelbar das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich und wurde seinerseits davon berührt. Die Kriegsvorbereitungen im Nationalsozialismus, die deutsche Besetzung Frankreichs nach 1940 und die französische Besatzungsherrschaft in Teilen Westdeutschlands nach 1945 verlängerten dieses Verhältnis nicht nur, sondern involvierten auf unternehmerischer Seite auch eine Vielzahl von deutschen und französischen Akteu-

9 Vgl. u. a. Weber, Sozialpartnerschaft.

ren über die politischen Zäsuren hinweg. Wie zu zeigen sein wird, teilen sie nicht nur die Überzeugung einer notwendigen Transformation des Kapitalismus und bestärkten sich darin gegenseitig, sondern waren zugleich Teil der praktischen Gestaltung des Zusammenhangs von Wirtschaft und Politik.

Die von Karl Polanyi und Joseph Schumpeter entworfenen Konzeptionen haben an Faszinationskraft bis heute nichts eingebüßt und sind den zeitgleichen Vorstellungen in der deutschen und französischen Unternehmerwelt an argumentativer Schärfe und theoretischer Relevanz zweifellos überlegen. Anders als Polanyi und Schumpeter waren Unternehmervertreter allerdings unmittelbar am Wiederaufbau der wirtschaftspolitischen Ordnung in Westdeutschland und Frankreich nach 1945 beteiligt. Sie wirkten dadurch maßgeblich auf eine Verbindung von Demokratie und Kapitalismus im 20. Jahrhundert ein, die bis in die jüngsten Debatten über die Demokratiefähigkeit kapitalistischer Wirtschaft als Phase der Harmonie und temporären Hochzeit dargestellt worden ist.¹⁰ Die Beschreibung dieser Harmonie dient dabei in der Regel als kontrastierender Ausgangspunkt, um eine Demokratie zersetzende Wirkung wirtschaftlicher Deregulierung im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts fassbar zu machen. Die Genese des Ausgangspunkts ist jedoch bislang kaum Gegenstand der Betrachtung. Ohne Wissen über die längerfristigen Verwurzelungen, systemübergreifenden Kontinuitäten und Verflechtungen der von deutschen und französischen Unternehmervertretern entworfenen Vorstellungen ist schwer zu beurteilen, welche Faktoren dazu führten, dass Demokratie und Kapitalismus in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg zu jener einträchtigen Beziehung fanden, die in der Forschung vielfach konstatiert worden ist. Diese Beziehung ist als »koordinierter Kapitalismus« beschrieben und vor allem dadurch charakterisiert worden, dass Kräfte und Normen außerhalb des Marktes für eine Kooperation von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie eine Koordination wechselseitig voneinander abhängiger Unternehmen sorgten.¹¹ Der damit hergestellte

10 Vgl. Crouch, *Postdemokratie*, S. 14–17; Streeck, *Gekaufte Zeit*, S. 51–52.

11 Vgl. u. a. Eichengreen, *The European Economy Since 1945*, S. 4.

soziale und wirtschaftliche Friede gilt im Sinne einer gesellschaftlichen Einbettung von Kapitalismus als Voraussetzung für die Stabilisierung der gesellschaftlichen Grundlagen der westeuropäischen Demokratien nach 1945. Der Einbezug der längerfristigen Entstehungsgründe dieser Konstellation bietet zum einen die Möglichkeit, eine Lücke in den theoretischen Überlegungen der Verbindung von Demokratie und Kapitalismus zu füllen: Wenn die Sicherung vor Risiken auf dem Markt institutionelle Regelungen erfordert, die eine wechselseitige Integration von wirtschaftlichem und politischem Handeln notwendig machen, wirft dies die Frage nach dem historischen Bedingungsgefüge auf, unter dem eine solche Integration im europäischen koordinierten Kapitalismus möglich wurde.¹² Zum anderen führt eine solche Berücksichtigung der Entstehungsgründe des koordinierten Kapitalismus dazu, dass dem Einfluss des Unternehmerlagers auf seine Gestalt eine weitaus größere Bedeutung zugeschrieben werden muss, als dies gemeinhin üblich ist.

In der Entstehung der ökonomischen und politischen Nachkriegsordnung in Westdeutschland und Frankreich, so meine These, wirken zwei historische Entwicklungslinien zusammen: Die unternehmerischen Entwürfe eines transformierten Kapitalismus und der Wandel der institutionellen Rahmung von Unternehmerorganisationen im Zuge der politischen Systemwechsel. Es war also nicht ein wie auch immer gearteter Neuanfang nach 1945, der Pate im Zusammengehen von Demokratie und Kapitalismus stand, sondern die historische Genese durch die autoritäre Phase von Nationalsozialismus, Vichy-Regime und Besatzungsregiment hindurch. Es war damit auch nicht die Macht von Gewerkschaften und eine linksorientierte Politik nach dem Zweiten Weltkrieg, die dem koordinierten Kapitalismus der Nachkriegszeit die Richtung vorgaben, sondern der aus dem Zusammenspiel von unternehmerischen Vorstellungen und institutioneller Regulierung wirtschaftlichen Handelns entstandene Einfluss von Unternehmervvertretern.

12 Vgl. Iversen, *Capitalism and Democracy*, S. 603.

Die Rekonstruktion dieser Verschränkung ist Gegenstand der folgenden Kapitel. Erst der Nachvollzug der Überzeugungen von Unternehmensvertretern von der Zwischenkriegszeit bis in die frühen 1950er Jahre erklärt ihre Unterstützung der Verbindung von Demokratie und Wirtschaftsordnung im koordinierten Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg. Erst die Berücksichtigung des Zusammenspiels zwischen ihren Überzeugungen und den institutionellen Gegebenheiten der autoritären und demokratischen politischen Regime macht die Gestalt des koordinierten Kapitalismus in Deutschland und Frankreich nach 1945 kenntlich.

Im Zentrum dieser Verschränkung stand dabei eine Figur, deren Funktion sie für die Vermittlung von Ideen und Institutionen unmittelbar prädestinierte: Der wirtschaftliche Interessenvertreter, der für die Unterhandlungen zwischen Staat und Unternehmen zuständig war. Seine Aufgabe bestand nicht nur in der Entwicklung von Strategien und Visionen zur Repräsentation unternehmerischer Interessen, sondern auch in der Mobilisierung von Ressourcen zu ihrer Durchsetzung. Dabei spielten die Herstellung von unternehmerischem Zusammenhalt in Verbänden sowie der Einfluss auf und der Rückhalt durch staatliche Stellen eine entscheidende Rolle. In dem Maße, in dem Letzteres gelang, stiegen die Chancen auf die Verwirklichung von Zielvorstellungen, die Repräsentanten von Unternehmerinteressen entwarfen. In der Zeit zwischen 1920 und 1950 waren unternehmerische Interessenvertreter die Protagonisten einer Vorstellung von Kapitalismus, die auf eine stärkere Koordination der Marktteilnehmer zielte. Zu ihrer Etablierung bedienten sie sich staatlicher Unterstützung, wenn ihnen die Möglichkeit dazu geboten wurde – so in nachhaltiger Form nach 1933 in Deutschland und nach 1940 in Frankreich.

Das Konzept meiner Arbeit beruht auf den jüngeren Diskussionen in der geschichts- und sozialwissenschaftlichen Forschung zur Geschichte des Kapitalismus und der Politischen Ökonomie, die im folgenden Teil der Einleitung kurz skizziert werden sollen. Eine zentrale Konsequenz dieser Skizze ist mein Plädoyer für einen ideengeschichtlichen Zugriff auf den Wandel des Kapitalismus. Anschließend will ich erklären, warum in einem solchen Zugriff das wirtschaftliche Denken der Zeitgenossen in ihrer Verbindung zu politischen Fragen betrachtet

werden muss. Dabei soll zunächst deutlich werden, dass es von spezifischen normativen Voraussetzungen abhängt, ob die damalige Forderung nach einer koordinierten Gestalt des Kapitalismus als Teil einer antidemokratischen Tradition oder als möglicher Beitrag zu einer Verbindung von Demokratie und Kapitalismus gewertet wird. Die historische Möglichkeit einer solchen Verbindung – für die ich plädiere – beruht auf einer spezifischen wechselseitigen Beziehung von Staat und Unternehmerverbänden, wenn diese durch quasiöffentliche Funktionen eine Mittlerrolle zwischen Politik und Wirtschaft erhalten. Durch eine staatliche Delegation solcher Mittlerfunktionen können sich Demokratien von den Auseinandersetzungen um bestimmte wirtschaftspolitische Fragen entlasten. Während sie dadurch an politischer Stabilität gewinnen, führt die öffentliche Legitimation unternehmerischer Verbände zu einer Stärkung ihrer Stellung innerhalb des Unternehmerlagers. Auf diese Weise gewinnen sie Ressourcen, mit deren Hilfe sie kollektive Strategien und Visionen gegenüber ihren Mitgliedern besser durchsetzen können. Allerdings ist das Bestehen einer solchen Mittlerrolle nicht zwingend an das Bestehen demokratischer Verhältnisse geknüpft.

Für die praktische Wirksamkeit der Entwürfe eines transformierten Kapitalismus war die Stellung der Verbände im Staat von entscheidender Relevanz. Unter den Bedingungen der Weimarer Republik in Deutschland und der Dritten Republik in Frankreich hatten Verbandsvertreter keine ernsthafte Möglichkeit, mit ihren Vorschlägen nachhaltig auf Gehör bei staatlichen Stellen und in den verschiedenen Unternehmerfraktionen zu stoßen. Wie ich zeigen möchte, war die institutionelle Festigung ihrer Rolle unter den autoritären Verhältnissen in Deutschland nach 1933 und in Frankreich nach 1940 dagegen eine wichtige Voraussetzung für die weitere Entwicklung. Sie trug nicht nur dazu bei, dass Unternehmerverbände nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bereit waren, sich als Teil einer demokratischen Gesellschaft zu verstehen, sondern auch, dass sie ihren Vorstellungen eines koordinierten Kapitalismus größeren Rückhalt und Legitimation verschaffen konnten.

Sowohl Polanyi und Schumpeter als auch deutsche und französische Unternehmervertreter gingen davon aus, dass der Kapitalismus keine zeitlose Größe darstellte, sondern vielmehr Veränderungen aus-

gesetzt war und in unterschiedlichen Kontexten unterschiedliche Gestalten annahm. Angesichts dieser Voraussetzungen ist klärungsbedürftig, inwiefern eine Geschichte dieses Wandels noch als die Geschichte des Kapitalismus aufzufassen ist und nicht – wie Schumpeter es annahm – mit der Veränderung bestimmter wirtschaftlicher Grundprinzipien auch der Kapitalismus sein Ende fand. Eine Alternative zu einer solch rigiden Sicht bietet dabei scheinbar die jüngere Pluralisierung des Konzepts Kapitalismus.¹³

Ein die Debatte der vergangenen Jahre vielfach prägender Vorschlag geht davon aus, dass tatsächlich nur Varianten von Kapitalismus, *varieties of capitalism*, existieren.¹⁴ Dem von Peter Hall und David Soscice entworfenen Ansatz zufolge werden in den unterschiedlichen Kapitalismen Probleme der wirtschaftlichen Interaktion zwischen Akteuren auf dem Markt durch verschiedene institutionelle Rahmungen gelöst. In liberalen Marktwirtschaften, die dem Modell zufolge nach dem Zweiten Weltkrieg in den USA und Großbritannien vorherrschend wurden, ordnen Unternehmen Beziehungen zu anderen Wirtschaftsakteuren – zu anderen Firmen, zu ihren Angestellten oder zu Banken – durch Konkurrenz und Preismechanismus. In koordinierten Marktwirtschaften dagegen, wie sie Hall und Soscice zufolge u. a. in Deutschland, Skandinavien und Japan dominieren, verlassen sich Unternehmen auf Absprachen, Kooperationen oder Vereinbarungen, die nicht vom Markt geregelt werden.¹⁵ Beide Varianten von Kapitalismus haben sich dem Vorschlag zufolge als gleichermaßen effizient erwiesen. Es gibt demnach mehr als eine kapitalistische Strategie des wirtschaftlichen Erfolgs, die durch das besondere Regulationsregime in einem nationalen Wirtschaftsraum bestimmt wird. Da sich laut Hall und Soscice das jeweilige institutionelle Arrangement dem Einfluss

13 Vgl. den Überblick bei Lenger, *Kapitalismusgeschichte*, S. 3–37; Beckert, *New History of Capitalism*, S. 235–249; Peck/Theodore, *Variegated Capitalism*, S. 731–772.

14 Vgl. zusammenfassend und mit Verweisen auf neuere Literatur Höpner, *Spielarten des Kapitalismus*, S. 173–197; Beyer/Hall/Soscice: *Varieties of Capitalism*, S. 225–234.

15 Vgl. Hall/Soscice, *Introduction*, S. 8–9.

einzelner Akteure entzieht, bestimmt es ihr strategisches wirtschaftliches Verhalten und führt zum Erhalt unterschiedlicher nationaler kapitalistischer Systeme. Ursprünglich aufgrund verschiedener historischer Erfahrungen und Vorstellungen entstanden, werden sie durch das Vertrauen der Akteure in ihre Verlässlichkeit getragen und durch die praktisch vollzogene Koordination immer wieder neu bestätigt.¹⁶

Im Fokus des *varieties-of-capitalism*-Ansatzes steht die institutionelle Lenkung wirtschaftlichen Handelns auf unterschiedlichen Wegen. Er liefert eine Erklärung für die Effizienz eines anders gearteten, koordinierten Kapitalismus in europäischen Ländern gegenüber den USA nach 1945. Kritiker wie Wolfgang Streeck monieren allerdings, dass die Konzentration auf ökonomische Institutionen und ihre Funktionalität zu einem statisch angelegten Modell des Vergleichs nationaler Einheiten führt.¹⁷ Das Fokussieren auf die Perspektive von Unternehmen und ihre Möglichkeiten zur Lösung von Koordinationsproblemen blendet den Einfluss gesellschaftlichen, politischen und innerwirtschaftlichen Widerspruchs gegen bestehende Regelungen aus und lässt keinen Raum für Veränderungen durch den Wandel von Machtverhältnissen. Damit droht der Ansatz die Geschichte des Kapitalismus tendenziell zu enthistorisieren. Darüber hinaus kann das Modell nicht den Umstand berücksichtigen, dass die Koordination wirtschaftlichen Handelns sich in der Regel über Wirtschaftsregionen erstreckt, die nicht mit den Grenzen eines Staates zusammenfallen. Statt die Variabilität kapitalistischer Wirtschaftsformen durch ein Modell tendenziell geschlossener und statischer Typen der Koordinationsfunktion zu erfassen, plädieren Streeck und andere dafür, die Politische Ökonomie des Kapitalismus stärker von ihrer Historizität und transnationalen Dynamik her in den Blick zu nehmen.¹⁸

Kern dieser Überlegungen bleibt dabei die bereits von Karl Polanyi hervorgehobene Tatsache, dass wirtschaftliches Handeln in wechselnden Formen in gesellschaftliche und politische Kontexte eingebettet

16 Vgl. ebd., S. 12–14; Hall, Spielarten des Kapitalismus, S. 181–204.

17 Vgl. Streeck, *E Pluribus Unum?*, S. 27 ff.

18 Vgl. ebd., S. 29 f. u. S. 32 f.; Streeck, *Contemporary Capitalism?*, S. 1–28; vgl. auch Sewell, *Temporalities of Capitalism*, S. 527 ff.

ist. Diese Einbettung bleibt demnach notwendiger Bestandteil des Kapitalismus, weil sie Akteuren dazu dient, die mit Märkten verbundenen Risiken zu verringern. Die früh von Marx formulierte Allgegenwart potenzieller Veränderungen im Kapitalismus bedeutet demnach, dass die Möglichkeit ökonomischer Krisen für alle Akteure omnipräsent bleibt.¹⁹ Das allgemeine Ziel unternehmerischer Bestrebungen ist deshalb nicht der Wegfall von Handlungseinschränkungen, sondern Gewinnstreben unter größtmöglichem Schutz der eigenen Interessen vor der Unsicherheit, die durch Koordinationsprobleme auf dem Markt entsteht. Thomas Welskopp hat kürzlich in diesem Sinn noch einmal hervorgehoben, dass Marktteilnehmer sich nicht als friedliche Wettkämpfer »in einer sportlichen Leistungsschau« verstehen, sondern als in ihrem Dasein vom Markt potenziell bedrohte Existenzen.²⁰ Destabilisierende Faktoren bilden demnach etwa die unterschiedliche Einschätzung von Warenwerten, das Verhalten der Konkurrenz und die ungleiche Verteilung von Informationen zu Produktqualität und alternativen Handelsmöglichkeiten. Bestehende oder neue institutionelle Regulierungen von wirtschaftlichem Handeln werden vor diesem Hintergrund danach beurteilt, inwieweit ihr Erhalt oder ihre Veränderung dazu führen würde, dass eigene Interessen nicht mehr geschützt wären. Dabei werden in dieser Beschreibung institutionelle Regeln des wirtschaftlichen Handelns nicht als sich selbst stabilisierende Systeme aufgefasst. Vielmehr führt laut Wolfgang Streeck die beständige Suche nach wirtschaftlichen Vorteilen dazu, dass bestehende Regulierungen immer wieder modifiziert oder umgangen werden und daraufhin neue Institutionen der Koordination nötig machen. Die Dynamik des Kapitalismus führt damit einerseits zu seiner beständigen Transformation, andererseits zu dadurch immer wieder neu provozierten Versuchen seiner Einbettung.²¹

19 Vgl. hierzu Beckert, *Transformation of Embeddedness*, S. 38–55; Sewell, *Capitalist Epoch*, S. 1–11.

20 Welskopp, *Zukunft*, S. 92.

21 Vgl. Streeck, *Institutions*, S. 659–686; Beckert, *Transformation of Embeddedness*, S. 45–49. Streeck schwankt in seiner Beschreibung der Gegenwart zwischen zwei Szenarien: 1) Die gegenwärtige Entwicklung könne zu einer dauer-

Diese Lesart der Wandelbarkeit des Kapitalismus setzt nicht unterscheidbare geschlossene Blöcke wie im Vorschlag von Hall und Soscice voraus, sondern postuliert ein einheitliches kapitalistisches Grundschema. Zwar beinhaltet die Einbettung von Kapitalismus, dass Entwicklungen in verschiedenen Wirtschaftsregionen unterschiedlich verlaufen können. Ein prinzipiell universaler unternehmerischer Trieb nach Innovation und Profit führt laut Streeck indes allorts zur beständigen Veränderung des gesellschaftlichen und politischen Rahmens. Der Drang nach Akkumulation ist demnach Quelle einer unerschöpflichen Dynamik, durch die die institutionellen Möglichkeiten wirtschaftlichen Handelns immer wieder neu gesetzt, begrenzt oder erweitert werden.²²

Allerdings liefert diese Konzeption nur auf den ersten Blick eine kohärente Erklärung dessen, was die Akteure zum Wechsel ihrer Strategien gegenüber wirtschaftlichen Regulierungen veranlasst hat und wie sie hierbei zu kollektiv wirksamen Handlungszielen gelangen. Streeck geht einerseits von einem prinzipiell autonomen unternehmerischen Selbstinteresse aus, das gegenüber gesellschaftlichen, ökonomischen und staatlichen Eingrenzungen immer wieder neu zum Ausbruch gelangt. Andererseits führt er in seiner Erklärung der Transformation des westeuropäischen und amerikanischen Wirtschaftsregimes der Nachkriegszeit in eine Phase neoliberaler Deregulierung andere, kollektive Motivationen ein.²³ Laut Streecks Darstellung löste sich in den 1970er Jahren »das Kapital« aus »einer sozialen Regulierung, die ihm nach 1945 aufgezwungen worden war, die es selber aber nie gewollt hatte.«²⁴ Der eigene Beitrag zur Finanzierung des Staates erschien

haften Beseitigung gesellschaftlicher Eindämmung und damit auch einer Selbsterstörung des Kapitalismus führen. 2) Eine Wiedereinbettung der aktuellen kapitalistischen Dynamik ist möglich. Vgl. Streeck, *How Will Capitalism End*, S. 35–64; Streeck, *Comment on Wolfgang Merkel*, S. 49–60.

22 Streeck lehnt sich hier an Schumpeters bekannte Beschreibung unternehmerischen Handelns als »schöpferischer Zerstörung« an. Vgl. Schumpeter, *Kapitalismus*, S. 140–148.

23 Vgl. zu einer ähnlichen Kritik Döpking, *Fiskalregime*, S. 13–14.

24 Streeck, *Gekaufte Zeit*, S. 45.

Kapitalbesitzern laut Streeck nunmehr illegitim, sie erzwangen durch eine Art Investitionsstreik deshalb ein Ende der staatlichen Orientierung am Prinzip der Marktgerechtigkeit. Zum einen ist für Streeck somit wirtschaftliches Handeln von Unternehmern profitorientiert, ohne dass die spezifische Gestalt dieser Orientierung zu den geschichtlichen Überzeugungen der Akteure in Bezug gesetzt würde. Zum anderen löst er das Problem der Handlungskoordination unter Verweis auf kollektive Vorstellungen, die er auf strukturell gegebene Gegensätze sozialer Klassen zurückführt.

Beide Annahmen sind jedoch problematisch. Zwar galt lange Zeit die Maxime als unumstößlich, dass die Vorstellungen und Interessen von Unternehmern und Gewerkschaften aus dem sozial determinierten Gegensatz von Arbeit und Kapital erwachsen. In dieser Sicht waren Arbeitgeber bestenfalls aus einem strategischen Kalkül heraus zu einer Änderung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bereit – etwa zur Sicherung politischer Verhältnisse oder um sich durch einen inneren Betriebsfrieden mit den Gewerkschaften bessere Produktionsleistungen zu erkaufen. Im Grunde geben sie dieser Konzeption zufolge das ihnen im kapitalistischen System vorgegebene, unumstößliche Ziel der Minimierung von Transaktionskosten und der Akkumulation von Kapital nie auf. Allerdings wird eine solche Herleitung von sozialen Interessen und Handlungsmotiven aus dem ewigen Klassengegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern mittlerweile vielfach in Zweifel gezogen. Besonders Peter Swenson hat für die Geschichte des 20. Jahrhunderts auf Allianzen über Klassengrenzen hinweg aufmerksam gemacht, die auch zu einer Veränderung der entsprechenden Interessenlagen führten – etwa weil Arbeitgeber und Gewerkschaften eine gemeinsame Lohnpolitik festlegten und Gewerkschaften auf ihre allgemeine Einhaltung gegen Abweichungen auch im Interesse der beteiligten Unternehmen achteten.²⁵ Für die Zwischenkriegszeit in Deutschland und Frankreich lässt sich eine ähnliche Übereinstimmung an der von Arbeitgeberseite befürworteten Einführung der Arbeitslosenversicherung in der Weimarer Republik und dem Ausbau der betrieblichen

25 Vgl. Swenson, *Capitalists*.

Familienunterstützung in Frankreich demonstrieren. Während die großen Industriekapitäne in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg noch gegen die Arbeitslosenversicherung polemisierten, änderten viele zu Beginn der 1920er Jahre ihre arbeitsmarktpolitische Haltung. Die Erwerbslosenfürsorge in den Händen der Kommunen zu belassen, schien mit einem unkalkulierbaren Kostenrisiko verbunden und entzog sie zudem den Einflussmöglichkeiten der Arbeitgeberseite. Demgegenüber versprach eine von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam finanzierte Arbeitslosenversicherung nicht nur politische Mitsprache, sondern auch eine Stabilisierung der sozialen Ordnung sowie den Schutz von für die Produktion notwendigen Arbeitskräften.²⁶ In Frankreich entstand auf Unternehmerinitiative 1920 das Comité Central des Allocations Familiales, das die in dieser Zeit verstärkten Bestrebungen unterstützte, kinderreichen Familien von Beschäftigten im Betrieb durch zusätzliche Lohnprämien unter die Arme zu greifen. Dahinter stand sowohl die unter Unternehmern verbreitete patriotische Sorge vor einem demografischen Verfall Frankreichs als auch die Aussicht, durch Familienzuschläge die Bindung der Arbeiter an das Unternehmen zu erhöhen und damit Arbeitskonflikte unwahrscheinlicher zu machen.²⁷ Reformen entstanden in der Geschichte des Kapitalismus mithin durchaus mit Unterstützung der Arbeitgeber, wenn dies in ihrem Vorstellungs- und Interessenhorizont sinnvoll erschien. Streecks Annahme eines beständigen Klasseninteresses »des Kapitals« ist demgegenüber zu pauschal und kann die geschichtlich spezifische Motivation von Wirtschaftsakteuren, sich für oder gegen eine bestimmte Form der Regulierung des Marktes einzusetzen, nicht hinreichend erklären.

Eine alternative Möglichkeit der Analyse des Wandels kapitalistischer Wirtschaftsformen enthält der Rekurs auf eine Geschichte der Ideen, die in letzter Zeit wieder in den Vordergrund geschichts- und sozialwissenschaftlicher Arbeiten gerückt ist.²⁸ Ideen bieten zum ei-

26 Vgl. Münnich, *Interessen*, S. 201–205

27 Vgl. Pedersen, *Welfare State*, S. 229 ff.

28 Vgl. u. a. McMahon, *History of Ideas*, S. 13–31; Moyn/Sartori, *Global Intellectual History*, S. 3–32; Béland/Cox, *Introduction*, S. 3–20.

nen eine Antwort auf die Frage, wie Akteure selbstbezogene Interessenvorstellungen in kollektive Handlungsziele überführen können. Zum anderen lassen sie sich nicht auf die Interessen eines feststehenden Klassengegensatzes reduzieren; vielmehr sind Glaubensinhalte, Überzeugungen und Wünsche von Akteuren ihrerseits an der Konstitution ihrer Interessen beteiligt. Ideen wirken also keineswegs im interesselosen Raum, erst im Gewand von Überzeugungen, Wünschen und Vorstellungen erhalten Interessen jedoch Richtung und Ziel.²⁹

Einen entsprechenden Vorschlag zur Verschiebung der Perspektive vom universalen Gewinntrieb hin zu spezifischen Vorstellungen von Akteuren darüber, unter welchen Bedingungen ihr wirtschaftliches Dasein gesichert und Profit wahrscheinlich ist, hat kürzlich Jens Beckert in die Debatte eingebracht. In dieser Sicht ist die Dynamik des Kapitalismus nur aus den Zukunftsvorstellungen der beteiligten Akteure zu erklären. Anstelle struktureller Zwänge und rationaler Kognitionsmuster betont Beckert damit die Rolle von Überzeugungen, Glaubensinhalten und Hoffnungen als konstitutivem Bestandteil kapitalistischen Handelns.³⁰ Für wirtschaftliche Akteure ist die Rechnung auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung zentraler Antrieb ihrer Entscheidungen. Nur die Einschätzung zukünftiger Entwicklungen und Trends – die Entstehung neuer Produkte, neuer Produktionsmethoden, neuer Konsummuster – bietet die Chance, sich gegen Risiken des Marktes zu sichern. Nur die Rechnung auf die zukünftige Wertentwicklung von Produkten rechtfertigt den Einsatz von Investitionen.³¹ Diese Zukunftsvorstellungen basieren nicht auf wie auch immer konstruierten konstanten Interessenlagen oder rein rationalen Prozessen der Abwägung, sondern verändern sich mit ihrem gesellschaftlichen Kontext und schlagen sich vielgestaltig in Form von Visionen, Projekt-

29 Vgl. Blyth, *Structures*, S. 695–706.

30 Vgl. Beckert, *Imagined Futures*, S. 281–282; vgl. auch Welskopp, *Zukunft*, S. 88.

31 Vgl. Beckert, *Imagined Futures*, S. 4.

entwürfen oder Ideologien nieder.³² Trotz vielfacher Bemühungen um die Vorhersagbarkeit der ökonomischen Aussichten – etwa durch die Übersetzung von Wirtschaftsdaten in Wachstumskurven – bleibt die Bestimmung von Zukunft eine bloße Erwartung, in der ein Szenario zur Erleichterung von Handlungsentscheidungen angesichts einer ungewissen wirtschaftlichen Entwicklung entworfen wird. Erst mithilfe derart entworfener Annahmen ist es möglich, dass Kredite vergeben, Produktionsforschung angestoßen oder Unternehmenskooperationen beschlossen werden. Die konkrete Ausgestaltung entsprechender Erwartungen und ihre Überzeugungskraft sind nicht zuletzt das Ergebnis diskursiver Überzeugungsarbeit: Eine Anzahl von Beteiligten entwirft – etwa anhand von Statistiken oder durch Makroerzählungen – ein Bild »der« Wirtschaft und ihres Fortgangs und versucht, Unternehmer, Staatsvertreter, Wirtschaftswissenschaftler und weitere Akteure von ihrem Szenario zu überzeugen. Ökonomische Theorien sind in dieser Auseinandersetzung nur ein mögliches Instrument, neben denen u. a. auch Artikel, Reden oder Rundbriefe der Vorsitzenden von Unternehmerverbänden stehen. Während der Zukunftsbezug also zentraler Bestandteil wirtschaftlichen Handelns ist, entsteht die Vorstellung der künftigen Wirtschaftsentwicklung aus einem intersubjektiven Prozess von Diskussionen und Deutungskämpfen, die geschichtlich zu verorten sind.³³ Die Inhalte dieser Auseinandersetzungen werden mithilfe eines ideengeschichtlichen Zugriffs sichtbar.

Meine Arbeit schließt an diese Überlegungen an, setzt sie allerdings in der Analyse einer konkreten historischen Situation ein und misst den institutionellen Ressourcen zur Legitimation und Durchsetzung von Ideen besondere Bedeutung zu. Sie nimmt das von Unternehmervertretern in Deutschland und Frankreich nach dem Ersten Weltkrieg vielfach geäußerte Plädoyer für eine Anpassung des Kapitalismus an politische, wirtschaftliche und gesellschaft-

32 Rüdiger Graf und Benjamin Herzog haben für das 20. Jahrhundert die Differenzierung von verschiedenen Mustern der Zukunftserwartung vorgeschlagen. Vgl. Graf/Herzog, *Geschichte*, S. 497–515.

33 Vgl. Beckert, *Imagined Futures*, hier bes. S. 217–237. Vgl. auch Tanner, *Wirtschaftskurven*, S. 129–158.

liche Strukturveränderungen ernst und erkennt darin den Versuch, das Bild einer zukunftsfähigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung gegen Traditionen und andere Reformvorstellungen in der staatlichen Verwaltung und unter Unternehmern selbst durchzusetzen. Aus Gründen, auf die ich im ersten Kapitel der Arbeit ausführlicher zu sprechen komme, erklärten wirtschaftliche Interessenvertreter in Deutschland und Frankreich, dass ökonomisches Handeln unter den durch den Ersten Weltkrieg entstandenen Bedingungen neu orientiert werden müsse. Der Krieg hatte demnach eine Entwicklung beschleunigt, durch die der Einzelne übermächtigen außereuropäischen Konkurrenten, widrigen Finanzverhältnissen und Zollgrenzen gegenüberstand. In dieser Situation formulierten Interessenvertreter Grundlinien eines koordinierten Kapitalismus, der an die Stelle von Individualismus und Wettstreit die Koordination der Marktteilnehmer setzte. Eine solche Koordination erstreckte sich insbesondere auf Absprachen innerhalb einer Wirtschaftsbranche, um gemeinsame Sicherheiten gegen Marktrisiken aufzubauen. Die zu diesem Zweck auszubildende, über die individuellen Unternehmerinteressen hinausreichende Perspektive eines wirtschaftlichen Allgemeinen hatte dabei in den Augen von Interessenvertretern zur Voraussetzung, dass die nationale und transnationale Koordination der Wirtschaftsakteure nicht von staatlicher Seite torpediert werden konnte. Ein entscheidender Aspekt ihrer Vision eines zukünftigen koordinierten Kapitalismus war somit das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Staat und damit im hier untersuchten Zeitraum nicht zuletzt das Verhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie. Die Formulierung dieses Bildes eines zukünftigen Kapitalismus allein machte es dabei nicht zu einer allgemein akzeptierten oder handlungsleitenden Strategie von Unternehmen. Hierzu bedurfte es spezifischer institutioneller Bedingungen, die durch den Wechsel der politischen Verhältnisse in Deutschland und Frankreich in zentraler Hinsicht beeinflusst wurden.

Die Beziehung zwischen einer kollektiven Organisation der Unternehmer und der Demokratie ist in der Forschung besonders in Bezug auf Deutschland bereits vor geraumer Zeit mithilfe von zwei einander ent-

gegengesetzten Konzepten diskutiert worden: »organisierter Kapitalismus« einerseits, »Korporatismus« andererseits.³⁴

Vertreter des »organisierten Kapitalismus« fragten dabei insbesondere, inwieweit kollektive wirtschaftliche Ordnungsstrukturen Teil eines vorindustriellen Konservatismus waren, der sich durch die Organisation agrarischer und industrieller Interessen modernen Wirtschaftsbedingungen anzupassen wusste und damit zum Erhalt eines autoritären Herrschaftssystems in Deutschland beitrug.³⁵ Bereits das späte Kaiserreich war demnach von Tendenzen der Kartellierung zwischen Unternehmen und einer vermehrten Interventionstätigkeit des Staates in die Wirtschaft gekennzeichnet. Im Zuge dieser Entwicklung drangen Wirtschaftsverbände in die Politik und bauten ihren Einfluss nach Beginn des Ersten Weltkriegs zunehmend aus.³⁶ Auf dieser Grundlage, so Vertreter dieser Forschungsposition, habe die Organisation industrieller Unternehmen eine antidemokratische Tradition in Deutschland verfestigt, die über das Kaiserreich hinausreichte. Ihren Einfluss in der Zeit nach 1918 hat vor allem Bernd Weisbrod nachgezeichnet. Mit Konzentration auf die westdeutsche Schwerindustrie macht seine Untersuchung in der Stärke des industriellen Verbandswesens eine strukturelle Schwäche der Weimarer Demokratie aus. Die Verbände hätten sich in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen eine Veto-Position erarbeitet und seien damit letztendlich mitverantwortlich für das Scheitern der Weimarer Republik.³⁷

34 Vgl. den konzisen Überblick von Rehling, *Konfliktstrategie*, S. 15–18. Für eine kritische Diskussion des Konzepts vgl. Nocken, *Korporatistische Theorien und Strukturen*, S. 17–20.

35 Vgl. Wehler, *Aufstieg des Organisierten Kapitalismus*, S. 36–57; Puhle, *Politische Agrarbewegungen*.

36 Vgl. Kocka, *Kapitalismus im Kaiserreich*, S. 613–631; Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, S. 268–270. Vgl. auch den Überblick von Puhle, *Industriekapitalismus*, S. 165–184. Die unvollkommene Form der kriegswirtschaftlichen Organisation des Kapitalismus hat dagegen nachdrücklich herausgearbeitet: Feldman, *Armee*. Vgl. ebenfalls kritisch Hentschel, *Wirtschaft*.

37 Vgl. Weisbrod, *Schwerindustrie*; vgl. ähnlich Winkler, *Unternehmer und Wirtschaftsdemokratie*, S. 195–204.

Einen Gegenentwurf zu diesem Bild hat Charles Maier mit seiner Untersuchung zu den Verhältnissen in Deutschland, Frankreich und Italien in den 1920er Jahren vorgelegt. Statt des Begriffs des »organisierten Kapitalismus« verwendet Maier das in Soziologie und Politikwissenschaften favorisierte Konzept des »Korporatismus«. ³⁸ Damit zielt er nicht so sehr auf die Tendenz zur Kartellierung in der Schwerindustrie und stärker auf eine zunehmende Tendenz zur wechselseitigen Durchdringung von Staat und Wirtschaft und die damit einhergehende Stärkung der Wirtschaftsverbände. In seiner Deutung stellen diese Veränderungen das Resultat der Bemühungen konservativer Eliten dar, um die Macht der Parlamente in der Massendemokratie zu begrenzen und dadurch eine bürgerliche Vorherrschaft unter neuen Vorzeichen zu re-installieren. ³⁹ Im Gegensatz zu Verfechtern des »organisierten Kapitalismus« fasst Maier die konservative Dimension des Korporatismus dabei nicht als Verlängerung vorindustrieller Strukturen auf, sondern als mögliches Mittel einer gesellschaftlichen Stabilisierung im 20. Jahrhundert. ⁴⁰ Während es in der Zwischenkriegszeit nicht gelungen sei, durch korporative Formen der wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten Herr zu werden, habe der ideologische, ökonomische und soziale Kontext der zweiten Nachkriegszeit einen korporativen Pluralismus in Ergänzung zu parlamentarischen Institutionen in Westeuropa möglich gemacht. Erst die Integration der Arbeitgeber-, aber auch der Arbeitnehmerverbände in die staatliche Ordnung führte laut Maier zu einem stabilen wirtschaftspolitischen Rahmen in Westeuropa. ⁴¹

Hinter beiden Positionen stehen implizit unterschiedliche Definitionen von Demokratie, die es zumindest in Ansätzen offenzulegen

38 Vgl. Streeck/Kenworthy, *Neocorporatism*, S. 441–460; Crouch, *European State Traditions*, S. 65 ff.

39 Vgl. Maier, *Bourgeois Europe*, S. 9 f. Für die Zukunftsträchtigkeit des koordinierten Kapitalismus – wenn auch ohne Bezug zur Demokratie und allein in Bezug auf Deutschland – argumentiert auch Abelshauer, *Kulturkampf*.

40 Ähnlich hat Gerald Feldman nachdrücklich dafür argumentiert, die Bedeutung von Verbandsstrukturen in der industriellen Wirtschaft nicht als Zeichen vor-moderner Strukturen, sondern vielmehr als genuin modernes Phänomen zu interpretieren. Vgl. u. a. Feldman, *Disorder*, S. 17 f.

41 Vgl. Maier, *Two Postwar Eras*, S. 153–184.

gilt.⁴² Aus klassischer demokratietheoretischer Perspektive gelten Korporationen als Relikte vormoderner Zeiten, die im demokratischen Staat keinen Platz haben. In dieser Sichtweise gilt dies nicht nur für ständische Organisationen und Korporationen des Ancien Régime, sondern auch für moderne intermediäre Körperschaften. Das Abgeben von öffentlichen Kompetenzen an Organisationen wie Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften scheint aus mehreren Gründen nicht mit demokratischen Prinzipien vereinbar: Die Verhandlungen und Abmachungen zwischen privaten Interessenvertretern können sich einer öffentlichen Kontrolle leicht entziehen. Zudem wird die Ungleichheit gesellschaftlicher Machtverhältnisse nicht politisch neutralisiert, sondern als ein zentrales Element von Politik akzeptiert – denn nicht alle Bürger und gesellschaftlichen Gruppen sind gleichermaßen organisiert und verfügen damit über ein Instrument der politischen Einflussnahme. Indem gesellschaftliche Verbände zwischen den Staat und das bürgerliche Individuum treten, scheint somit ein Grundprinzip von Demokratie außer Kraft gesetzt: Diesem Prinzip zufolge entsteht aus der politischen Gleichheit aller Bürger ein allgemeiner öffentlicher Wille, der das Handeln des Staates legitimiert.

Andere Modelle der Demokratietheorie betonen dagegen die Rolle politischer Eliten in demokratischen Prozessen und damit eine faktische Ungleichheit in der Kontrolle politischer Entscheidungen.⁴³ Grundsätzlich ist die Frage zu stellen, ob Gleichheit der politischen Beteiligung sowie die damit verbundene Annahme einer – im Hinblick auf Partizipationsrechte und Einflussmöglichkeiten – homogenen Gesellschaft praktisch zur historischen Bestimmung von Demokratie taugt. Denn ein strenges Verständnis von Gleichheit läuft Gefahr, zu der Einschätzung zu führen, dass demokratische Verhältnisse nur in der Theorie existieren. So ist eine Demokratie nie in der Lage, ihre ei-

42 Eine explizite demokratietheoretische Begründung oder Rechtfertigung von Korporatismus existiert nicht. Vgl. Reichenbach/Nullmeier, *Korporatismus und Demokratie*, S. 79–102. Vgl. auch die Kritik an Korporatismus-Befürwortern von Offe, *Korporatismus*, S. 234–256.

43 Vgl. zur Unterscheidung verschiedener Formen Kőrösényi, *Democratic Elitism*, S. 364–382.

gene Existenz nach dem demokratischen Prinzip gleicher Partizipation aller Mitglieder einer politischen Gesellschaft formal zu legitimieren.⁴⁴ Jede Form allgemeiner gleicher Wahlen wird von Bedingungen gesteuert, die dem Gleichheits- und Homogenitätsideal zuwiderlaufen: Die Aufstellung der Kandidaten kommt in der Regel nicht durch eine demokratische Auswahl aller Wähler, sondern durch die Vermittlung von intermediären Organisationen wie Parteien zustande. Zu wählen sind so lediglich die Mitglieder einer politischen Elite, deren Zusammensetzung relativ stabil bleibt. Selbst wenn man auch über die Auswahl der Kandidaten frei und gleich abstimmen könnte, bliebe offen, ob die Regeln des Auswahlverfahrens auf demokratischem Wege beschlossen wurden.

Zwar ist Gleichheit der entscheidende ideologische Baustein in der klassischen Auffassung demokratischer Legitimität. Denn nur dadurch scheint sichergestellt, dass Regierungshandeln tatsächlich von einem allgemeinen Willen getragen und nicht von partikularen Meinungen besetzt ist. Praktisch scheint damit jedoch nur ein Maßstab zur Kritik an der fehlenden Einlösung dieser Norm gewonnen. Dieser Einwand schlägt auch auf den Gedanken durch, dass Demokratien dafür sorgen sollten, dass alle Mitglieder die gleichen Möglichkeiten der Beteiligung an der politischen Gemeinschaft erhalten. Denn die entsprechenden Maßnahmen wären nur dann legitim, wenn sie den Willen einer Allgemeinheit repräsentieren würden; tatsächlich könnten sie eine Gesellschaft der Gleichen aber bestenfalls erst herstellen.⁴⁵ Jeder demokratische Prozess wird somit nicht von einer demokratischen Ursprungsgewalt begründet und getragen, sondern von politischen Kräften, die nicht aus einer Gleichheit der Beteiligung abgeleitet werden können. Vielmehr stoßen gerade fortbestehende Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Teilen der Gesellschaft und die daherrührenden unter-

44 Vgl. zum Folgenden Rosanvallon, *Demokratische Legitimität*, S. 167 f.

45 Das anschaulichste Modell hierfür ist der demokratische Wohlfahrtsstaat. Wohlfahrtsstaatlichkeit wird dabei nicht als bloßes Instrument zur Verteilung von materiellen Ressourcen verstanden, sondern als Mittel um die gleichen politischen Beteiligungschancen der Mitglieder einer politischen Gesellschaft sicherzustellen. Vgl. Olson, *Reflexive Democracy*.

schiedlichen Einflussmöglichkeiten politische Auseinandersetzungen in Demokratien an.⁴⁶

Kritiker der klassischen Perspektive wie Claude Lefort und Marcel Gauchet verabschieden sich aus diesen Gründen von dem Modell einer Gesellschaft gleicher Individuen, deren kollektive Handlung den politischen Willen konstituiert, und gehen stattdessen von einer unaufheb-
baren Spannung zwischen Zivilgesellschaft und politischer Macht aus.⁴⁷ Dieser Perspektive zufolge gibt es keine einheitliche soziale Gemeinschaft, die einen wirksamen Entwurf ihrer eigenen politischen Ordnung hervorbringt, sondern lediglich einen Wettstreit miteinander konkurrierender gesellschaftlicher Fraktionen, deren jeweilige politische Vorstellungen eine solche einheitliche Gemeinschaft symbolisieren. Demokratie beruht in diesem Modell auf der Anerkennung der Konflikte heterogener, ungleicher gesellschaftlicher Gruppen, die mittels der politischen Bühne Prinzipien entwerfen, unter deren Maßgabe sie auf sich selbst zurückzuwirken versuchen. Dabei wird nie eine einheitliche Gesellschaft der Gleichen geschaffen, sondern lediglich eine Kette sich verändernder Ordnungsprinzipien der Gesellschaft im Namen der Gleichheit. Die jeweilige politische Repräsentation einer Ordnung stellt nicht die wahre, endgültige Gestalt einer geeinten Gesellschaft dar, sondern nur einen aus dem gesellschaftlichen Konflikt entstandenen Entwurf.⁴⁸ Lefort hat im Sinne dieser Überlegungen Demokratie zu einer prinzipiell nur historisch fassbaren Herrschaftsform erklärt, deren Normen und Institutionen sich im Verlauf der Geschichte immer wieder verändert haben.⁴⁹

Folgt man diesen Überlegungen, dann muss das Aufkommen von Assoziationen und Verbänden, die öffentliche Mitsprache einfordern

46 Radikale Konsequenzen für die Demokratietheorie zieht aus diesem Umstand Rancière, *Unvernehmen*.

47 Vgl. den Überblick von Niederberger, *Republikanismus*, S. 93–113.

48 Lefort/Gauchet, *Demokratie*, S. 89–122; vgl. auch Bonacker, *Gesellschaft*, S. 27–42.

49 Vgl. Lefort, *Question de la démocratie*, S. 27. Vgl. hierzu auch Rosanvillons Darstellung der sich wandelnden Formen demokratischer Legitimation in: ders., *Demokratische Legitimität*, passim.

und Funktionen übernehmen, nicht als Teil einer entdemokratisierenden Bewegung gewertet werden. Vielmehr kann der von Charles Maier in Deutschland, Frankreich und Italien beobachtete Korporatismus ebenso ein Teil der Entwicklungsgeschichte von Demokratie sein. Unternehmerorganisationen würden dann als Mittel der politischen Integration wirtschaftlicher Eliten wirken, wenn sie ein Interesse an der erfolgreichen Arbeit demokratischer Regierungen erkennen und deshalb ihre Mitglieder zur Unterstützung anhalten.⁵⁰ Ein wichtiger Faktor in der Entwicklung eines solchen Interesses wäre ihre öffentliche Anerkennung und die Delegation von quasistaatlichen Aufgaben an die Verbandsführung. Tatsächlich schufen die Entwicklungen von Nationalsozialismus, Vichy und alliiertem Besatzungsregime Bedingungen, die einer Einbindung von Unternehmerverbänden in den Staat Vorschub leisteten. Auf diese Weise entstanden Voraussetzungen einer historisch spezifischen Kompatibilität von Demokratie und Kapitalismus, in der politische Entscheidungen nicht aus der gleichen Beteiligung aller Bürger hervorgingen, sondern Volkssouveränität nicht zuletzt in wirtschaftspolitischer Hinsicht begrenzt wurde. Unternehmerische Interessenvertreter erhielten eine Form der Mitsprache in nationalen und internationalen ökonomischen Belangen, nutzten sie für ihre Vorstellung eines transformierten Kapitalismus und akzeptierten zugleich die Demokratie in Frankreich und Westdeutschland nach 1945.

Eine allgemeine konzeptuelle Voraussetzung für diese Beschreibung ist die Kritik am Gleichheitspostulat und die damit verbundene Historisierung des Demokratiebegriffs im Sinne Leforts. Eine spezifische Form der wechselseitigen Unterstützung von Wirtschaftsverbänden und demokratischem Staat hat Philippe Schmitter im westeuropäischen Korporatismus nach dem Zweiten Weltkrieg ausgemacht. Demnach stellt das Entstehen korporativer Strukturen eine Möglichkeit demokratischer kapitalistischer Gesellschaften dar, neue Hand-

50 Die demokratisierende Funktion der Einbindung von gesellschaftlichen Gruppen in den Staat ist ein wesentliches Element im Demokratisierungsschema von Tilly, *Trust and Rule*, S. 134 ff.

lungsressourcen zu akkumulieren.⁵¹ Schmitter geht es also weder um den Überhang einer vorindustriellen Tradition in moderner wirtschaftspolitischer Form noch um die unlautere Einflussnahme auf Regierungen durch Lobbying, sondern darum, wie korporative Strukturen neue Formen des kollektiven Handelns in Demokratien ermöglichen können. Das von ihm und anderen damit entwickelte Konzept eines Zusammenwirkens von Wirtschaft und Staat bietet zugleich die Möglichkeit, die von mir untersuchte Verschränkung der unternehmerischen Entwürfe eines transformierten Kapitalismus und des Wechsels der politischen Systeme konkret aufeinander zu beziehen.

Dieser Sicht folgend entstehen angesichts wachsender staatlicher ökonomischer Verpflichtungen im 20. Jahrhundert durch den Zusammenschluss ökonomischer Interessen Organe, die der Staat für die Reduktion seines Aufgabenbereichs und zur Durchsetzung eigener wirtschaftspolitischer Maßnahmen nutzen kann. Gleichzeitig führt eine solche staatliche Integration wirtschaftlicher Interessengruppen zur Kanalisierung gesellschaftlicher Forderungen an die Politik.⁵² Die Übertragung öffentlicher Funktionen an Verbände und die damit verbundene staatliche Anerkennung hat zur Folge, dass diese Forderungen nicht einfach das Meinungsbild der organisierten Wirtschaftskräfte widerspiegeln.⁵³ Denn die öffentliche Anerkennung verhilft den Verbandsführungen zu einer Legitimation, die nicht mehr allein aus der Unterstützung der Mitglieder hervorgeht und sie damit ein Stück weit gegen Widerstand aus den eigenen Reihen immunisiert. Der Einbezug wirtschaftlicher Interessenvertretungen in den öffentlichen Aufgabenbereich schafft dem Staat somit Verhandlungspartner, die zu einer gewissen Disziplinierung der Verbandsmitglieder in der Lage sind und sich selbst die hierzu notwendigen Ressourcen durch konsensorien-

51 Vgl. Schmitter, *Century of Corporatism*, S. 85–131; vgl. auch Streeck, *Organized Interests*, S. 3–45.

52 Vgl. Molina / Rhodes, *Corporatism*, S. 305–331; Streeck / Schmitter, *Gemeinschaft*, S. 191–222.

53 Vgl. hierzu und zum Folgenden die am westdeutschen Fall entwickelten allgemeinen Überlegungen von Offe, *Interest Groups*, S. 123–158.

tierte Gespräche mit der staatlichen Seite zu erhalten suchen. Durch die Mitsprache organisierter Interessenverbände erlangt die Politik ein Instrument der Vermittlung staatlicher Maßnahmen, ohne selbst unmittelbaren Zwang ausüben zu müssen. Der Preis dafür ist die Abtretung bestimmter Entscheidungsbefugnisse und die notwendige Berücksichtigung nichtparlamentarisch legitimierter Interessen. Insbesondere in einer Situation, in der politische Parteien nicht in der Lage sind, gesellschaftliche Anliegen effektiv zu organisieren und in die Politik zu integrieren, können Wirtschaftsverbände demnach ergänzende politische Funktionen übernehmen.⁵⁴

Meine Untersuchung schließt an diese Überlegungen an und sieht darin ein Modell, das das Verhältnis von Staat und Wirtschaft in einen konkreten Funktionszusammenhang übersetzt. Aus diesem Funktionszusammenhang heraus wird verständlich, wie die Vorschläge zu einer Transformation des Kapitalismus in der zweiten Nachkriegszeit wirkungsmächtig werden konnten. Während die bestehende Literatur zum Korporatismus vor allem den Einbezug von Gewerkschaften in die Politik behandelt hat, konzentriere ich mich auf die Verbände der Unternehmer.⁵⁵ Versteht man die unternehmerische Koordination des Kapitalismus dabei als potenziell mit einem demokratischen Regime vereinbar, ist eine zentrale Frage in der Realisierung ihres demokratiegeschichtlichen Potenzials, inwieweit Anliegen von Wirtschaftsgruppen in den Staat integriert werden. Wie bereits angeführt, muss die Delegation quasiöffentlicher Funktionen an Unternehmerverbände dabei nicht zum unmittelbaren Eindringen von Unternehmerinteressen in die Politik führen, weil die Verbandsführung durch die zugesprochene öffentliche Vermittlungsaufgabe in die Lage versetzt wird, von ihren Mitgliedern unabhängige Positionen zu vertreten. Die von den unternehmerischen Unterhändlern übernommene Sprecher- und Koordinationsfunktion bleibt zugleich nur dadurch gewahrt, dass sie sich nicht zum bloßen Instrument staatlicher Maßnahmen machen lassen, sondern öffentliche Kompetenzen gerade an sie abgetreten wer-

54 Vgl. ebd., S. 143.

55 Vgl. Streeck/Kenworthy, Neocorporatism, S. 446–447.

den. Entlang dieser Frage ist ein Ausblick auf die Argumentation der folgenden Kapitel möglich:

In der Weimarer Republik in Deutschland und der späten Dritten Republik in Frankreich erfolgte eine entsprechende Integration nicht oder in nur geringem Maße, und in der Folge gehörten die zentralen Unternehmerverbände in beiden Ländern zu den Kritikern ihrer parlamentarischen Demokratien. Dagegen ermöglichten die politischen Regimewechsel von 1933 und 1940 die Entstehung eines neuen institutionellen Rahmens. Die Rüstungsvorhaben des Nationalsozialismus und die Konstruktion einer »Nouvelle économie« im Vichy-Regime schienen den staatlichen Führungen nur mithilfe der privaten Wirtschaftsverbände möglich. Erst die koordinierenden Kompetenzen der Unternehmerorganisationen waren aus Sicht zentraler militärischer und ministerieller Stellen dazu in der Lage, dass die industrielle Produktion in NS-Deutschland und – unter den Bedingungen von Besatzung und Krieg – in Frankreich in die gewünschten Bahnen gelenkt werden konnte. Bestehende Unternehmerverbände wurden deshalb in NS-Deutschland und Vichy-Frankreich häufig nur umbenannt und nicht wie die Gewerkschaftsorganisationen aufgelöst. Viele der wirtschaftlichen Interessenvertreter blieben dabei auf ihren vorherigen Posten und standen nun den zur Verbandsmitgliedschaft verpflichteten Unternehmen einer Wirtschaftsbranche vor. Die bereits zuvor aufgebauten Kontakte zwischen deutschen und französischen Unternehmerverbänden wurden nun Teil der Bemühungen der NS-Führung, die Devisen- und Rohstoffschwäche der Wirtschaft in Deutschland auszugleichen. Damit erhielten die Konzepte eines koordinierten Kapitalismus ein neues, in der Praxis relevantes Gewicht. Aufgaben wie die kollektive Organisation von exportfördernden Abgaben ließen sich nicht bruchlos in zuvor von Unternehmervertretern entwickelte Modellvorstellungen einfügen. Sie machten die Verbände jedoch nicht nur zu quasiöffentlichen Institutionen, sondern auch zu zentralen Schaltstellen, die Unternehmen zur Artikulation von Sorgen und Beschwerden, zur Organisation von außenwirtschaftlichen Handelsbeziehungen oder als möglichen Schutz gegen unmittelbare staatliche Eingriffe nutzten. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Rüstungswirtschaft in Deutschland wurden auf diese Weise nicht gelöst, sowohl staatlich-

militärische als auch privatwirtschaftliche Stellen erkannten in dem Arrangement jedoch Vorteile für ihre eigenen Ziele. Nach Kriegsbeginn und der Besetzung Frankreichs förderte die deutsche Militärverwaltung Bestrebungen der französischen Unternehmensvertreter, sich an der Funktion von Unternehmerorganisationen in Deutschland zu orientieren. Französische Verbandsvorsitzende erklärten eine entsprechende Orientierung dabei offen als Beitrag zu jener Transformation des Kapitalismus, über die man vor Kriegsbeginn nur hatte diskutieren können. Nach Kriegsende verschwanden die auf diese Weise gefestigten Strukturen in den westlichen Besatzungszonen in Deutschland zunächst deshalb nicht, weil die Alliierten mit ihrer Hilfe die wirtschaftlichen Organisationsprobleme der Nachkriegszeit zu lindern versuchten. Sie griffen dabei vielfach auf gestandene Verbandsführer zurück, die ihre Karriere bereits in den 1920er Jahren begonnen hatten und nun erneut in wichtige Positionen der Wirtschaftsorganisation gelangten. In Reaktion auf die alliierten Dekartellisierungspläne kam es unter diesen Bedingungen früh zu einer Zusammenarbeit zwischen industriellen Interessen und westdeutscher Regierung. Die von ihnen gemeinsam verfolgten Pläne, eine Entflechtung der westdeutschen Industrie nach Möglichkeit zu verhindern, führte zu einer Integration von Wirtschaftsvertretern in die Politik, nun allerdings unter demokratischen Vorzeichen. Indem sie die Mitsprache der organisierten Industrie in politischen Entscheidungen zur Wirtschaftsstruktur in Westdeutschland nach 1945 akzeptierte, sicherte sich die Bundesregierung nicht nur einen wichtigen Partner in den Verhandlungen mit den Alliierten, sondern sorgte auch dafür, dass das unternehmerische Misstrauen gegenüber parlamentarischen Parteien nicht in eine prinzipielle Ablehnung der Demokratie umschlug. Im Fall der westdeutschen Chemieindustrie, den ich eingehender untersuche, stellte sich die Unterstützung eines koordinierten Kapitalismus von französischer Seite als ein wichtiges Mittel heraus, um weite Teile der überkommenen Konzernstruktur gegen den Widerstand der USA zu erhalten. Wirtschaftsvertretern gelang es so nach 1945, ihre Interessen vor den Risiken des Marktes und der internationalen Konkurrenz durch eine Koordination der heimischen Chemieunternehmen zu schützen. Die Möglichkeit hierzu erhielten sie, weil die westdeutsche Regierung die Koordination

der Industrie nicht zum Gegenstand parlamentarischer Entscheidungen machte, sondern es den Unterhändlern der Wirtschaft überließ, die sich mit ihr in diesen Fragen außerparlamentarisch verständigte. Damit rückten Interessenvertreter in eine Rolle, die sie bereits in den 1920er Jahren konzipiert und eingefordert hatten und nun unter veränderten politischen Rahmenbedingungen praktisch einnehmen konnten.

Es ist dieses Zusammenspiel der Entwicklung von Konzepten und Institutionen, das in der vorliegenden Arbeit in den Vordergrund gerückt wird, um die spezifische Verbindung von Kapitalismus und Demokratie nach 1945 in Westeuropa zu erklären. Entwürfe der Zwischenkriegszeit zu einer neuen Zukunft des Kapitalismus fanden demnach im Zuge der politischen Systemübergänge institutionellen Rückhalt. Die Anpassungen, denen die Vorstellungen von einem koordinierten Kapitalismus dabei unterworfen waren, werden in den folgenden Kapiteln genauer behandelt. Die weitgehende Kontinuität der industriellen Verbandsstrukturen und der sie führenden Figuren über die unterschiedlichen politischen Regime hinweg sorgte indes dafür, dass sich eine Kontinuität der Idee des koordinierten Kapitalismus von 1945 bis in die 1920er Jahre zurückverfolgen lässt.⁵⁶

Max Weber hat mit einer klassischen Studie dafür argumentiert, den Geist des Kapitalismus nicht aus einem der menschlichen Natur eigenen Trieb zu Profit zu erklären, sondern aus einem spezifischen historischen Arsenal von Vorstellungen und Überzeugungen, das den Gedanken einer fortwährenden Kapitalakkumulation überhaupt erst fassbar machte. Im Anschluss an Weber haben Luc Boltanski und Eve Chiapello einen neuen Geist des Kapitalismus im späten 20. Jahrhundert ausgemacht, den sie für die treibende Kraft der jüngeren Deregulierung und Finanzialisierung der Märkte halten.⁵⁷ Der spezifische Glaube daran, was durch den Kapitalismus erreicht werden kann, wozu er dient, welche Erwartungen mit seiner Hilfe erfüllt werden

56 Zur theoretischen Forderung einer Ergänzung des historischen Institutionalismus um eine ideengeschichtliche Dimension vgl. Berman, *Ideational Theorizing*, S. 217–237; Béland, *Ideas*, S. 701–718; Lieberman, *Ideas*, S. 697–712.

57 Vgl. Weber, *Geist des Kapitalismus*; Boltanski/Chiapello, *Der neue Geist*, S. 44 ff.

können, ist demnach ein elementarer Bestandteil seiner jeweiligen historischen Konfiguration. Dieser Glaube hat im Verlauf der Geschichte des Kapitalismus mannigfache Formen angenommen. Jener Geist des koordinierten Kapitalismus, der in der Mitte des 20. Jahrhunderts in Westdeutschland und Frankreich verbreitet war, erwies sich dabei als Stütze der damaligen Demokratie. Er nahm den Weg über die autoritären Verhältnisse in NS-Deutschland und Vichy-Frankreich, um sich in dieser Weise entfalten zu können.

Inhalt

Die Geister des Kapitalismus. Einleitung	7
I Die Vertretung des wirtschaftlichen Allgemeinen	37
Entrepreneure der Wirtschaftsrepräsentation	56
Von der Wirtschaftsrepräsentation zum Kapitalismus der Gruppen	74
II Vision und Praxis.	
Kein koordinierter Kapitalismus ohne Staat	91
Scheitern der nationalen und internationalen Koordination des Kapitalismus	93
Interaktionsräume deutsch-französischer Unternehmervetreter	111
Korporative Außenpolitik in der Weltwirtschaftskrise	127
III Unternehmerverbände im nationalsozialistischen Regime	149
Unternehmerverbände in der NS-Rüstungspolitik	157
Ideologische und praktische Schnittstellen	169
Unternehmerkoordination in der NS-Außenwirtschaft	183
Wirtschaftskoordination in der Internationalen Handelskammer	196
IV Kollaboration und Kooperation.	
Die »Neue Wirtschaft« in Frankreich	233
Reformdiskussionen im Verbandswesen	238
Das Colloque Walter Lippman und die Erneuerung des Liberalismus	254
Koordinierter Kapitalismus in Vichy	263
Wirtschaftsvertreter in der »Nouvelle économie française«	268
Deutsch-französische Wirtschaftskontakte unter der Besatzungsmacht	286
Kollaboration: Der Fall »Francolor«	300

V	Koordinierter Kapitalismus und Demokratie	313
	Kapitalismus ohne Amerikanisierung	318
	Kontinuitäten in der Nachkriegszeit	327
	Wirtschaftsvertreter und Demokratie in der IG-Farben-Entflechtung	349
	Unternehmerverbände in Frankreich zwischen Liberalismus und Etatismus	372
	Deutsch-französische Verflechtung im koordinierten Kapitalismus	387
	Rückblick	409
	Quellen- und Literaturverzeichnis	431
	Ungedruckte Quellen	431
	Gedruckte Quellen	433
	Literatur	442
	Dank	479

Zum Autor

Philipp Müller, PD Dr., Historiker, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Demokratie und Staatlichkeit am Hamburger Institut für Sozialforschung.

Er studierte Neuere und Neueste Geschichte, Philosophie und Romanistik an der Universität Köln, der Freien Universität Berlin und der Humboldt-Universität zu Berlin und habilitierte 2018 im Fach Neuere und Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Er arbeitet an einem Projekt zu Wirtschaftsplanung und Staatlichkeit in West- und Südeuropa und forscht zu Demokratisierung und Kapitalismus, Geschichtstheorie und Historiografieggeschichte.

J.J.

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH
Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung
Mittelweg 36
20148 Hamburg
www.hamburger-edition.de

© 2019 by Hamburger Edition

Umschlaggestaltung: Wilfried Gandras
Satz aus der Adobe Garamond bei Dörlemann Satz, Lemförde
Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany
ISBN 978-3-86854-330-8
1. Auflage März 2019